

Fragen

für die Fragestunde der 27. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. April 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	25, 49	Meister, Michael, Dr. (CDU/CSU)	12, 13
Amthor, Philipp (CDU/CSU)	30	Oster, Josef (CDU/CSU)	21, 22
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 48	Otte, Henning (CDU/CSU)	35, 43
Beckamp, Roger (AfD)	20	Pellmann, Sören (DIE LINKE.)	7, 39
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	5, 16
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	18, 46	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	45
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	32, 33	Renner, Martina (DIE LINKE.)	27, 28
Görke, Christian (DIE LINKE.)	8, 9	Schmidt, Eugen (AfD)	23, 24
Güler, Serap (CDU/CSU)	19	Seidler, Stefan (fraktionslos)	38
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	29	Steiniger, Johannes (CDU/CSU)	14, 15
Huber, Johannes (fraktionslos)	6	Storch, Beatrix von (AfD)	3, 4
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	34, 42	Tillmann, Antje (CDU/CSU)	10, 11
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	26	Winkelmeier-Becker, Elisabeth (CDU/CSU)	37, 44
Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	31, 51	Winkler, Tobias (CDU/CSU)	36, 50
Lay, Caren (DIE LINKE.)	17	Zippelius, Nicolas (CDU/CSU)	47
Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	40		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie lässt sich nach Ansicht des Bundesministers der Finanzen die Finanzierung des Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro, welches für die Bundeswehr vorgesehen ist, mit der Schuldenbremse des Grundgesetzes vereinbaren?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie wird sich nach Einschätzung des Bundesministers der Finanzen die Inflation hierzulande bis Jahresende entwickeln, und welchen Einfluss werden voraussichtlich die gegen Russland verhängten Sanktionen hierauf haben?
3. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD) Wie hoch veranschlagt das Bundesministerium der Finanzen die zusätzliche steuerliche Belastung der Bürger durch die Wirkung der kalten Progression in den Jahren 2022 und 2023, und in welchem Maße plant der Bundesfinanzminister gegebenenfalls, diese zusätzliche Belastung durch Steuerentlastungen zu verringern?
4. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD) Schließt der Bundesminister der Finanzen aus, dass die Bundesregierung über den Corona-Aufbaufonds von 750 Milliarden Euro hinaus einer weiteren gemeinsamen Kreditaufnahme der EU, etwa für Investitionen in Verteidigung, zustimmen wird, und wie positioniert sich der Bundesfinanzminister in diesem Zusammenhang zur Einhaltung des Artikels 311 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der eindeutig bestimmt, dass die EU sich ausschließlich aus Eigenmitteln finanzieren darf?
5. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Erstrecken sich die vom Bundesminister der Finanzen anvisierten „strukturelle[n] steuerliche[n] Entlastungen“ (vgl. WEB.DE vom 14. März 2022 – <https://web.de/magazine/politik/tankzuschuss-liquidner-plan-kritik-profitieren-36687876>, zuletzt abgerufen am 17. März 2022) unabhängig von der derzeitigen, kurzfristigen Debatte um die „Spritpreisbremse“ auch auf mittlere Sicht auf die fast hälftig mit Steuern und Abgaben versehenen Spritpreise (vgl. Statista vom 11. März 2022 – <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/29999/umfrage/zusammensetzung-des-benzinpreises-aus-steuern-und-kosten/#professional>, zuletzt abgerufen am 17. März 2022), und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen?

6. Abgeordneter
Johannes Huber
(fraktionslos)
- Wird die Bundesregierung ein erweitertes Hilfspaket zur Inflationsbekämpfung zeitnah umsetzen, ähnlich dem seit dem 1. Februar 2022 in Kraft getretenen Maßnahmenpaket in Polen, um Grundnahrungsmittel wie Brot, Fleisch und Milchprodukte (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/nach-steuersenkung-in-polen-tschechen-stuermen-su-permaerkte-17787226.html#:~:text=In%20Polen%20sind%20seit%20dem,auf%20die%20stark%20gestiegene%20Inflation) sowie Benzin, Diesel, Gas, Strom und Heizkosten (www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/tanken-in-polen-polen-senkt-steuern--benzinpreise-koennten-in-diesem-jahr-noch-einmal-nach-unten-gehen-61275341.html) zeitlich begrenzt ganz oder teilweise von der Mehrwertsteuer zu befreien, und falls ja, wie kurzfristig ist mit einer Umsetzung zu rechnen?
7. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- Betrachtet die Bundesregierung den Auftrag und die Ausrichtung der Arbeit der Treuhandanstalt als einen politischen Fehler der Nachwendezeit, und in welchem finanziellen Ausmaß fördert die Bundesregierung die Aufarbeitung der Geschichte der Treuhandanstalt?
8. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die eingefrorenen Vermögenswerte aus unterschiedlichen Sanktionsregimen in Deutschland?
9. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Prüfungen der Deutschen Bundesbank wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zuge des Bankkontenregisters gemacht, und wie viele Verstöße wurden festgestellt (bitte tabellarisch und monatlich für die Jahre 2020, 2021 und 2022 bis März angeben)?
10. Abgeordnete
Antje Tillmann
(CDU/CSU)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten Freibetrag für die Grunderwerbsteuer einzuführen, um insbesondere jungen Familien im Hinblick auf die erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung aufgrund der Grunderwerbsteuer den Erwerb eines selbstgenutzten Eigenheims zu erleichtern?
11. Abgeordnete
Antje Tillmann
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung aufgrund der weitreichenden Auswirkungen der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Sicherstellung eines Mindestbesteuerungsniveaus, die Zustimmung des Deutschen Bundestages vor der Zustimmung Deutschlands im ECOFIN-Rat einzuholen, und falls nein, warum nicht?

12. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU) Wie kann aus Sicht der Bundesregierung sichergestellt werden, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt zukünftig deutlich effektiver als bislang überwacht wird?
13. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU) Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch tatsächlich wie geplant 2023 deaktiviert wird?
14. Abgeordneter
Johannes Steiniger
(CDU/CSU) Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die aufgrund des deutlich geringeren Wirtschaftswachstums entfallenden Steuermehreinnahmen gegenzufinanzieren oder einzusparen?
15. Abgeordneter
Johannes Steiniger
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bei ihrer mittelfristigen Finanzplanung bereits die für 2023 angekündigte Kindergrundsicherung berücksichtigt (bitte unter Nennung der geplanten Mehrausgaben), und wie beabsichtigt die Bundesregierung, diese gegenzufinanzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

16. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Wie gedenkt die Bundesministerin des Innern und für Heimat, die Linie „Migranten, die kein Bleiberecht haben, insbesondere Gefährder“ (FAZ vom 21. Februar 2022 – www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nancy-faeser-migranten-ohne-bleiberecht-konsequent-abschieben-17822457.html, zuletzt abgerufen am 17. März 2022) konsequent zurückzuführen, und „Wir wollen Leben retten. Das hängt nicht vom Pass ab“ (BILD.de vom 8. März 2022 – www.bild.de/politik/inland/politik-inland/nancy-faeser-wir-wollen-leben-retten-das-haengt-nicht-vom-pass-ab-79362730.bild.html, zuletzt abgerufen am 17. März 2022) mit Blick auf die aktuelle Ukraine-Krise in Einklang zu bringen, und wird hierin ein Widerspruch gesehen?
17. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.) Wie viele Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei sind an den 28 größten ausländischen Flughäfen im Einsatz, um dort Pässe zu kontrollieren und potenzielle Asylbewerberinnen und Asylbewerber an der Einreise nach Deutschland zu hindern (bitte nach Flughäfen auflisten)?

18. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wieso hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat bislang nicht sein Einverständnis zu den von den Ländern Bremen, Berlin und Thüringen beschlossenen Landesaufnahmeprogrammen für Afghanistan erklärt, obwohl diese bereits seit mehreren Monaten vorliegen (vgl. Plenarprotokoll 20/16, S. 1096) und es im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP heißt, die Bundesregierung wolle ihre „Verbündeten“ nicht zurücklassen und jene schützen, die sich in Afghanistan für Demokratie und „gesellschaftliche Weiterentwicklung“ eingesetzt haben und in Afghanistan und in den Nachbarländern noch Tausende gefährdete Menschen ausharren, die es bislang nicht auf die Evakuierungslisten des Auswärtigen Amts geschafft haben, und wann ist mit dem ebenfalls im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in Aussicht gestellten Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan zu rechnen?
19. Abgeordnete
Serap Güler
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung das Absinken der Mittel für Integrationsleistungen in der mittelfristigen Finanzplanung von 2,4 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 1,9 Milliarden Euro im Jahr 2025 in Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland und Europa infolge des Ukraine-Kriegs der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg gegenüberstehen?
20. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Wie viele Drittstaatsangehörige sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 24. Februar 2022 aus der Ukraine bzw. über die Ukraine in die Länder der Europäischen Union eingereist, und wie viele dieser Menschen sind nach Kenntnis der Bundesregierung nach Deutschland weitergereist (bitte jeweils die zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten angeben)?
21. Abgeordneter
Josef Oster
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung angesichts der Visafreiheit der Ukrainer und der bereits bestehenden innerdeutschen Verteilungsprobleme, von denen unter anderem zahlreiche Lokalzeitungen und die „FAZ“ am 1. April 2022 in ihrem Artikel „Es läuft alles andere als rund“ berichtet haben (www.faz.net/aktuell/politik/inland/fluechtlinge-aus-der-ukraine-wo-es-bei-der-verteilung-hakt-17925211.html), eine gerechte europäische Verteilung der Flüchtlinge garantieren, nachdem das Ziel der Bundesministerin des Innern und für Heimat, dass die EU-Mitgliedstaaten einen verbindlichen Index vereinbaren, nicht erreicht wurde (www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/faeser-fluechtlinge-ukraine-eu-quote-101.html)?

22. Abgeordneter
Josef Oster
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen einschließlich Unterstützungsmaßnahmen für die Länder hat die Bundesregierung im Rahmen der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten Rückführungsoffensive, „um Ausreisen und insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern“ (S. 140) konsequenter umzusetzen, bereits ergriffen, und wie hat sich dies aus Sicht der Bundesregierung zahlenmäßig in einem Plus an Abschiebungen von Straftätern und Gefährdern im Vergleich zu den Vorjahren bemerkbar gemacht?
23. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit dem 24. Februar 2022 ergriffen, um die Registrierung von Menschen zu verbessern, die aus der Ukraine geflüchtet sind und sich in die Bundesrepublik Deutschland begeben haben (www.nzz.ch/international/fluechtlinge-aus-der-ukraine-bundespolizei-kritisiert-kontrollverlust-ld.1674072)?
24. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Wie viele Drittstaatsangehörige sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 24. Februar 2022 aus der Ukraine bzw. über die Ukraine in die Länder der Europäischen Union eingereist, und wie viele dieser Menschen sind nach Kenntnis der Bundesregierung nach Deutschland weitergereist (bitte jeweils die zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten angeben)?
25. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche belastbaren Angaben kann die Bundesregierung zu der Zahl von Frauen und Kindern unter den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine machen, und welche Maßnahmen möchte die Bundesregierung ergreifen, um die Teilhabe geflüchteter Frauen an Arbeitsmarkt, Bildungssystem und Gesellschaft zu fördern, insbesondere mit Blick auf bislang unzureichende Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, die die Sprachkursteilnahme und Arbeitsmarktpartizipation von geflüchteten Frauen mit Kindern erschweren (vgl. IAB-Forschungsbericht „Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: Eine erste Einschätzung“, S. 20, <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2022/fb0222.pdf>)?

26. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung und welche Notfallpläne bestehen seitens der Bundesregierung zur Begegnung von Plünderungen, Unruhen und Verteilungskämpfen in Deutschland vor dem Hintergrund, dass aufgrund von aus meiner Sicht denkbaren Lieferausfällen und Preissteigerungen unter anderem wegen der Corona- und der Ukraine-Krise große Teile der Bevölkerung in existenzielle Not geraten und sich nicht mit lebensnotwendigen Gütern versorgen könnten, und wie ist die Bundesregierung darauf vorbereitet, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen, sollte es zu einem Zusammenbruch der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern kommen?
27. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung trotz Insolvenz und Einstellung des Geschäftsbetriebs seitens der FinFisher GmbH, der FinFischer Labs GmbH und der raedarius m8 GmbH (<https://netzpolitik.org/2022/nach-pfaendung-staatstrojaner-hersteller-finfisher-ist-geschlossen-und-bleibt-es-auch/>) weiterhin geschäftliche bzw. vertragliche Verbindungen oder Kontakte zwischen Behörden des Bundes mit jenen oder anderen Firmen, wie der Elaman GmbH, welche mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat bereits 2013 einen Vertrag über die Einrichtung eines Systems mit der Überwachungssoftware „FinFisher/FinSpy“ für Behörden des Bundes abgeschlossen haben soll (<https://netzpolitik.org/2013/geheimes-dokument-bundeskriminalamt-kauft-international-bekanntes-staatstrojaner-finfisherfinspy-von-gamma/>; https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2013-04_Vertrag-BKA-Elaman-FinFisher-Klage.pdf)?
28. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung dahingehend vor, ob nach Insolvenz und Einstellung des Geschäftsbetriebs seitens der FinFisher GmbH, der FinFischer Labs GmbH und der raedarius m8 GmbH (<https://netzpolitik.org/2022/nach-pfaendung-staatstrojaner-hersteller-finfisher-ist-geschlossen-und-bleibt-es-auch/>) der Quellcode für die den Bundesbehörden zur Verfügung gestellte Überwachungssoftware „FinFisher/FinSpy“ oder auch für andere als „Dual-Use-Güter“ einzuordnende Software bzw. Programmcodes der insolventen Hersteller und Vertriebspartner vor einer unkontrollierten und illegalen Weitergabe beispielsweise entgegen der EU-Dual-Use-Verordnung (EU) 2021/821 gesichert wird?

29. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Kennt die Bundesregierung den Brandbrief von Sportdirektoren an den Deutschen Olympischen Sportbund (siehe „Blockierte Spitzensportförderung“, FAZ vom 28. März 2022), und welche Positionen bzw. Reaktionen gibt es vom für den Sport zuständigen Bundesministeriums des Innern und für Heimat dazu bzw. darauf?
30. Abgeordneter
Philipp Amthor
(CDU/CSU)
- Sind die Ausführungen der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 33 auf Bundestagsdrucksache 20/1097 zur Bemessungsgrundlage des Versprechens einer Halbierung der Verfahrensdauer von Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren, wonach dieses Ziel lediglich „den Willen der Bundesregierung zum Ausdruck [bringt], angesichts der enormen Herausforderungen zu einer deutlichen Beschleunigung bei der Umsetzung von Vorhaben zu kommen“, so zu verstehen, dass die Bundesregierung nicht beabsichtigt, die Einhaltung dieses Ziels messbar zu überprüfen, oder welche messbaren Bemessungsgrundlagen legt die Bundesregierung zugrunde, wenn sie die Halbierung der Verfahren doch messbar einhalten will?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

31. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Zu welcher juristischen Einschätzung kommt die Bundesregierung in Bezug auf den Status deutscher Kriegsfreiwilliger in der Ukraine (www.businessinsider.de/politik/ukraine-krieg-bundeswehr-reservisten-planen-in-verschlussten-chat-gruppen-kriegseinsatz-als-fremdenlegionaere-b/)?

32. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung des US-Präsidenten Joe Biden mit Blick auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der russischen Armee in der Ukraine, der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, sei ein „Schlächter und Kriegsverbrecher“, und inwiefern sieht die Bundesregierung Parallelen zu dem Vorgehen des US-Präsidenten George W. Bush (2001 bis 2009) vor dem Hintergrund, dass er als Oberkommandierender der US-Streitkräfte allein für bis zu einer Million Tote im Zuge des am 20. März 2003 begonnenen völkerrechtswidrigen Krieges gegen den Irak verantwortlich ist, und vor dem Hintergrund, dass die Enthüllungsplattform WikiLeaks 2010 unter anderem mit dem Video „Collateral Murder“ Kriegsverbrechen der US-Streitkräfte im Irak publik gemacht hat, die bis heute ungesühnt sind, während der Journalist Julian Assange wegen dieser WikiLeaks-Enthüllungen seit drei Jahren im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh inhaftiert ist, um eine mögliche Auslieferung an die USA sicherzustellen, wo ihm bis zu 175 Jahre Haft drohen?
33. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob US-Präsident George W. Bush mit Unterstützung osteuropäischer Staaten 2008 das Ziel eines NATO-Beitritts der Ukraine und von Georgien zügig erreichen wollte, aber sich Deutschland und Frankreich gegen einen konkreten Beitrittsplan aussprachen, weil sie bezweifelten, dass die innenpolitischen Verhältnisse dieser Kandidaten den NATO-Standards entsprächen und zudem eine Destabilisierung der Ukraine befürchteten, da die Bevölkerungsmehrheit den Bündnisbeitritt ablehnte (www.swp-berlin.org/publikation/ukraine-im-nato-russland-spannungsfeld), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, ob neben Deutschland auch Frankreich mahnte, mit dem NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens „rote Linien“ Russlands nicht zu überschreiten, um die regionale Stabilität und die Sicherheit Europas und der NATO nicht zu gefährden (www.swp-berlin.org/publikation/ukraine-im-nato-russland-spannungsfeld)?
34. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Auf welche Art und Weise hat die deutsche Botschaft in Libyen in den vergangenen beiden Jahren mit der EU-Mission EUBAM Libyen bzw. deren Technischen Koordinierungsgruppe (TCG) zusammengearbeitet, und welche künftigen Maßnahmen zur Ausbildung oder Unterstützung libyscher Behörden auch mit der EU-Grenzagentur Frontex sind geplant (bitte die adressierten Behörden benennen)?

35. Abgeordneter
Henning Otte
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Einsätze der russischen Söldnergruppe „Wagner“ in Westafrika (bitte aufschlüsseln nach Ländern, Truppenstärke und geleisteten Operationen, Finanzierungen und Absichten), und welche Auswirkungen könnten die Einsätze dieser Söldnergruppe auf die Sicherheitslage der in der Region stationierten deutschen Soldaten, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und von anderen deutschen Staatsbürgern haben?
36. Abgeordneter
Tobias Winkler
(CDU/CSU)
- Welcher Mittelansatz aus dem Einzelplan 05 des Bundeshaushaltes 2022 ist für die Resilienzinitiative mit den drei baltischen Staaten vorgesehen, und hat es Änderungen bei diesem Mittelansatz zwischen dem ersten Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2022, der am 23. Juni 2021 vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, und dem zweiten Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2022 gegeben, der am 16. März 2022 vom Bundeskabinett verabschiedet wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

37. Abgeordnete
**Elisabeth
Winkelmeier-
Becker**
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung im Hinblick auf die geplante Streichung des § 219a des Strafgesetzbuchs (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche) aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1993 (BVerfGE 88, 203 ff.), aus der hervorgeht, dass das Ungeborene sich von Anfang an „als“ Mensch und nicht erst „zum“ Menschen entwickelt und ihm deshalb von Anfang an auch Menschenwürde und Grundrechte zustehen?
38. Abgeordneter
Stefan Seidler
(fraktionslos)
- Plant die Bundesregierung, den Verbraucherschutz beim Kauf von Eintrittskarten für Konzert-, Musical-, Theater-, Sport- oder sonstige Freizeitveranstaltungen dahingehend zu verbessern, dass ein Umtausch- und Rückgaberecht eingeräumt wird und Anbieter zu größerer Transparenz, etwa bei dynamischer Preisgestaltung, verpflichtet werden, und wenn ja, wie?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

39. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- In welchem Quartal der laufenden Legislatur plant die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigte Reform der Ausgleichsabgabe (S. 62) in Form eines Gesetzentwurfs dem Bundestag zur Beschlussfassung vorzulegen?
40. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten sieben Jahren die Anzahl der Anträge auf optionale Statusfeststellung (gemäß § 7a Absatz 1 Satz 1 SGB IV) entwickelt (bitte dabei auch gesondert die entsprechenden tatsächlich durchgeführten Statusfeststellungsverfahren und den Anteil der Feststellung „sozialversicherungs-pflichtig abhängig beschäftigt“ ausweisen), und wie hat sich im gleichen Zeitraum die durchschnittliche Laufzeit entsprechender statusrechtlicher Anfragen entwickelt (bitte jeweils jährlich ausweisen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

41. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern beeinflusst die Entscheidung der französischen Regierung, ihre militärischen Operationen Barkhane und Takuba bis Juni 2022 aus Mali abzuziehen (www.tagesschau.de/ausland/afrika/frankreich-mali-abzug-101.html) sowie die angeblliche Kooperation der malischen Regierung mit der privaten russischen Sicherheitsfirma „Gruppe Wagner“ die Perspektiven des Abzugs der Bundeswehr aus Mali?
42. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Personal ist die Bundeswehr derzeit am NATO-AGS-Programm zum Betrieb von fünf hochfliegenden Spionagedrohnen beteiligt, und wie viele ausgebildete Pilotinnen bzw. Piloten stellt die Luftwaffe für diese „Global Hawk“?

43. Abgeordneter
Henning Otte
(CDU/CSU)
- Sollte nach Auffassung der Bundesregierung der Bundeswehreinsatz MINUSMA in Mali fortgesetzt werden, und wie bewertet die Bundesregierung die zukünftige Sicherheitslage der deutschen Soldaten in Mali vor dem Hintergrund des sich ändernden Engagements Frankreichs in der Region (insbesondere bezüglich des Einsatzes Barkhane)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

44. Abgeordnete
Elisabeth Winkelmeier-Becker
(CDU/CSU)
- Welche medizinischen Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen können aus Sicht der Bundesregierung nicht bereits heute auf seriösen Internetseiten wie bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), auf die Ärztinnen und Ärzte verweisen dürfen, veröffentlicht werden, und warum wird gegebenenfalls die Seite der BZgA nicht überarbeitet und beworben, um Schwangere zuverlässig auf dieser Seite zu informieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

45. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung gesonderte Unterstützungsmaßnahmen für die Krankenhäuser in Deutschland, um die stark gestiegenen Energie- und Unterhaltskosten infolge der Behandlung von Ukraine-Flüchtlingen abzufedern (bitte mit Angabe der gesamten geplanten Förderhöhe bundesweit, der Förderkriterien und des Aufteilungsschlüssels), und wenn nein, mit welcher Begründung plant sie solche Maßnahmen nicht?

46. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Ist die Äußerung des Bundesministers für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach, für ukrainische Geflüchtete sei nach einer Registrierung eine Gesundheitsversorgung wie für Bundesbürger möglich (KNA vom 28. März 2022), so zu verstehen, dass bei Geflüchteten aus der Ukraine, z. B. aufgrund ihrer Kriegserlebnisse, generell davon ausgegangen wird, dass es sich um Personen mit besonderen Bedürfnissen handelt, für die nach § 6 Absatz 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) die erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe vorgesehen ist, während die medizinische Versorgung ansonsten nach den §§ 4 und 6 AsylbLG auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände bzw. unerlässliche Gesundheitsleistungen eingeschränkt ist (bitte begründen und ausführen), und wie ist der Stand der von der Bundesinnenministerin Nancy Faeser in der Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages am 9. März 2022 angekündigten Bemühungen, einen unbürokratischen Krankenversicherungsschutz über Krankenversicherungskarten zu gewährleisten (Protokoll der 5. Sitzung, S. 19), da es derzeit in sieben zum Teil bevölkerungsstarken Bundesländern keine entsprechenden Vereinbarungen hierzu gibt (Bundestagsdrucksache 20/1184, Antwort auf meine Schriftliche Frage 30, S. 22) und z. B. in Niedersachsen nur wenige Kommunen von der existierenden Rahmenvereinbarung Gebrauch machen (www.nds-fluerat.org/52710/aktuelles/fluechtling-srat-fordert-elektronische-gesundheitskarte-fuer-g-efluechtete/)?
47. Abgeordneter
Nicolas Zippelius
(CDU/CSU)
- Stellt die Bundesregierung Corona-Impfdosen, die in den kommenden Monaten ihr Verfallsdatum erreichen, rechtzeitig anderen Staaten zur Verfügung, damit diese nicht entsorgt werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

48. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten werden die Planungen des 17. Bauabschnitts der A 100 in Berlin verursachen, dessen Ausschreibungen am 29. März 2022 von der Autobahn GmbH des Bundes veröffentlicht wurden (www.morgenpost.de/berlin/article234938933/Wir-brauchen-die-Autobahn.html), und macht es aus Sicht der Bundesregierung Sinn, dieses Geld gegen den erklärten Willen der betroffenen Anwohner und Anwohnerinnen und der Berliner Landesregierung auszugeben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

49. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen möchte die Bundesregierung ergreifen, um im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse und Qualifikationen schneller und einfacher anerkennen zu können, damit Geflüchtete besser am Arbeitsmarkt teilhaben können, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Forderung des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR), die Hürde für den Gleichwertigkeitsnachweis einer im Ausland erworbenen Berufsausbildung zu senken und hierzu auf das sogenannte „Nimm 2+“-Verfahren als Modellprojekt für nichtreglementierte Berufe zurückzugreifen, wonach bei Vorliegen eines Arbeitsvertrags das fehlende Gleichwertigkeitskriterium durch ein oder mehrere Alternativkriterien ersetzt werden kann, etwa mit Sprachkenntnissen, einem Mindestgehalt oder mit Berufserfahrung (vgl. www.brandenburg.netzwerk-iq.de/aktuelles/news/news-singleview/fachkraefteeinwanderungsgesetz-svr-fordert-flexibilisierung-des-gleichwertigkeitsnachweises)?
50. Abgeordneter
Tobias Winkler
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das vom Deutschen Akademischen Austauschdienst angekündigte Aussetzen von Austauschstipendien mit Russland sowie das Aussetzen von Städtepartnerschaften zwischen deutschen und russischen Gemeinden Mittel sind, den Druck auf den russischen Präsidenten in der aktuellen Situation zu erhöhen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Klimaschutz**

51. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche wirtschaftlichen Folgen hat der mutmaßliche russische Cyberangriff auf mehrere Tausend Windkraftanlagen, und was hat die Bundesregierung im Vorfeld unternommen, um dieses Szenario zu verhindern (www.golem.de/news/ka-sat-ausfall-stoerung-bei-windkraftanlagen-ist-noch-nicht-behoben-2203-163896.amp.html)?